

## Inhalt

<b>A. Bekanntmachungen des Landkreises</b>			
7 Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der Volkshochschule Osnabrücker Land gGmbH	45	41 Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der Kurverwaltung Bad Rothenfelde GmbH	53
8 Ungültigkeitserklärung von Dienstaussweisen (Nr. 921)	47	42 Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der Kurmittelhaus-Therapie Bad Rothenfelde GmbH	53
9 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit	47	43 Haushaltssatzung des Wasserverbandes Wittlage für das Haushaltsjahr 2020	54
10 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit	48	44 Satzung über die Festlegung von Schulbezirken für die Schulen in der Gemeinde Ostercappeln	54
<b>B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden und der Zweckverbände</b>		45 Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Gemeinde Ostercappeln (Gefahrenabwehrverordnung)	55
34 1. Änderungssatzung der Gemeinde Bad Rothenfelde über Parkgebühren (Parkgebührenordnung) in der Fassung vom 19. Dezember 2019	48	46 Satzung der Gemeinde Ostercappeln über die Gewährung von Aufwandsentschädigung, Auslagenersatz und Verdienstausfall für ehrenamtlich tätige Personen in der Freiwilligen Feuerwehr	60
35 9. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Hilter am Teutoburger Wald vom 09.11.1993, Wasserabgabensatzung	49	47 Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Gemeinde Ostercappeln (Straßenreinigungssatzung)	62
36 Satzung der Gemeinde Belm zur Verringerung der Zahl der Abgeordneten (Ratsfrauen und Ratsherren)	49	48 Verordnung zum Schutz Erholungssuchender und wild lebender Tiere im Gebiet der Gemeinde Ostercappeln (Leinenzwangverordnung)	63
37 Bekanntmachung über den Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 20 "Hartlage" der Stadt Quakenbrück	50	Leinenzwangverordnung der Gemeinde Ostercappeln - Schutzbereich Ostercappeln	
38 Haushaltssatzung der Stadt Quakenbrück für das Haushaltsjahr 2020	50	Leinenzwangverordnung der Gemeinde Ostercappeln - Schutzbereich Haaren	
39 Haushaltssatzung der Gemeinde Kettenkamp für das Haushaltsjahr 2020	51	Leinenzwangverordnung der Gemeinde Ostercappeln - Schutzbereich Hitzhausen	
40 Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der Kur und Touristik Bad Rothenfelde GmbH	52	Leinenzwangverordnung der Gemeinde Ostercappeln - Schutzbereich Schwagstorf	
		Leinenzwangverordnung der Gemeinde Ostercappeln - Schutzbereich Venne	

### A. Bekanntmachungen des Landkreises

7

#### Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der Volkshochschule Osnabrücker Land gGmbH

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Price-waterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Osnabrück, hat mit Datum vom 11. Juli 2019 folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

#### „BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die VHS Volkshochschule Osnabrücker Land gGmbH, Osnabrück

#### Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der VHS Volkshochschule Osnabrücker Land gGmbH, Osnabrück

- bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der VHS Volkshochschule Osnabrücker Land gGmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften (zusammen die Rechtsvorschriften) und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 21. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

#### Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit

diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

#### *Verantwortung des gesetzlichen Vertreters für den Jahresabschluss und den Lagebericht*

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Rechtsvorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche, oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Rechtsvorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

#### *Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts*

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen kön-

nen aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von dem gesetzlichen Vertreter zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

„Ergänzende Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes nach § 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetrVO sind nicht erforderlich.

Osnabrück, 06.09.2019

**Rechnungsprüfungsamt  
des Landkreises Osnabrück**  
i. A. Sonja Göhler“

Der Aufsichtsrat der Volkshochschule Osnabrücker Land gGmbH hat in seiner Sitzung am 09. Dezember die Bilanz des Wirtschaftsjahres 2018 in Aktiva und Passiva gleichlautend auf 7.168.757,71 € festgestellt. Dem Geschäftsführer Jörg Temmeyer wurde für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.

Dem Aufsichtsrat wurde per Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 18. Dezember 2019 für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.

Gemäß §§ 158, 157 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) i. V. m. § 34 Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) vom 27. Januar 2011 werden der Feststellungsvermerk und der Beschluss des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss 2018 hiermit öffentlich bekannt gemacht. Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Volkshochschule Osnabrücker Land gGmbH für das Geschäftsjahr 2018 liegen vom Tage nach der Veröffentlichung für sieben Werktage bei der Volkshochschule Osnabrücker Land gGmbH, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück, während der Geschäftszeiten öffentlich aus.

Osnabrück, 06. Januar 2020

**Volkshochschule Osnabrücker Land gGmbH**  
Jörg Temmeyer  
Geschäftsführer

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 2, 31. Januar 2020

8

### **Ungültigkeitserklärung von Dienstaussweisen (Nr. 921)**

Der vom Landkreis Osnabrück ausgestellte Dienstaussweis Nr. 921 wird für ungültig erklärt.

Osnabrück, 14.01.2020

**Landkreis Osnabrück**  
Die Landrätin

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 2, 31. Januar 2020

9

### **Vorprüfung der Umweltverträglichkeit**

Bei folgendem Bauvorhaben wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Neufassung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) zuletzt geändert durch Art. 22 G vom 13.05.2019 (BGBl. I S. 706) geprüft.

Aktenzeichen:	11-bra-06026-19			
Antragsteller:	AW Windenergie Bramsche GmbH & Co. KG			
Baugrundstück:	Bramsche, ~			
Gemarkung:	Schleptrup	Engter		
Flur:	2	1	2	1
Flurstück(e):	140	59	351	157, 56/4, 149, 150

#### **Änderungsanzeige nach § 15 BImSchG**

Bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung WP Wittefeld (Haupt-Az.: 920-15)

Die AW Windenergie Bramsche GmbH & Co. KG plant die Anbringung einer bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung an den sechs genehmigten Windenergieanlagen (WEA) im Windpark Bramsche-Wittefeld in der Stadt Bramsche, Gemarkung Schleptrup, Flur 2, Flurstück 140, Flur 1, Flurstück 59 sowie Gemarkung Engter, Flur 2, Flurstück 351, Flur 1, Flurstück 157, 56/4, 149, 150. Bei dem Standort des Vorhabens handelt es sich planungsrechtlich um Innenbereich, da ein Bebauungsplan zugrunde liegt.

Mit immissionsschutzrechtlichem Genehmigungsbescheid vom 21.04.2016 wurde der AW Windenergie Bramsche GmbH & Co. KG die Errichtung und der Betrieb von sechs WEA im Windpark Bramsche-Ahrensfield genehmigt.

Um eine Reduzierung der Lichtemissionen bis zu 90 % und somit eine erhöhte Bevölkerungsakzeptanz zu erreichen, ist die Anbringung einer bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung an den sechs WEA geplant.

Gemäß § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 UVPG ist bei der Änderung eines Vorhabens, für das eine UVP durchgeführt worden ist, eine allgemeine UVP-Vorprüfung durchzuführen. Die Prüfung hat aus folgenden Gründen ergeben, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, sodass keine UVP-Pflicht besteht.

Gemäß der Nr. 3 Anlage 3 UVPG sind die möglichen Auswirkungen eines Vorhabens auf die Schutzgüter zu beurteilen. Für die Schutzgüter Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Wasser, Klima, Luft, Landschaft, kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter sind keine erheblichen negativen Umweltauswirkungen durch das geplante Vorhaben zu erwarten. Durch die Anbringung einer bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung entstehen auf diese Schutzgüter keine geänderten Auswirkungen, als die bereits im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid vom 21.04.2016 betrachteten. Die

bereits betrachteten Auswirkungen sind als nicht erheblich einzustufen.

Ebenso sind keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu erwarten.

Durch die Installation der bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung werden die Befeuerungsanlagen der WEA nur eingeschaltet, wenn sich ein Flugzeug im Umfeld der WEA befindet. Dadurch erfolgt eine Reduzierung der Lichtimmissionen. Die Auswirkungen werden durch die Änderung demnach verringert.

Weitergehende Auswirkungen der WEA wurden bereits im ursprünglichen Genehmigungsverfahren abschließend betrachtet.

Es liegen insgesamt keine erheblichen Umweltauswirkungen vor.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 31.01.2020

**Landkreis Osnabrück**  
Die Landrätin  
Fachdienst Planen und Bauen  
i. A. Röwekamp

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 2, 31. Januar 2020

10

### **Vorprüfung der Umweltverträglichkeit**

Bei folgendem Bauvorhaben wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Neufassung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) zuletzt geändert durch Art. 22 G vom 13.05.2019 (BGBl. I S. 706) geprüft.

Aktenzeichen: 11-bra-06019-19  
Antragsteller: AW Windenergie Bramsche GmbH & Co. KG  
Baugrundstück: Bramsche, ~  
Gemarkung: Epe Schleptrup  
Flur: 19 18 6 4  
Flurstück(e): 43 36/1, 19, 14/4, 32 40/9 544/1

#### **Änderungsanzeige nach § 15 BImSchG**

Bedarfsgerechte Nachtkennzeichnung WP Ahrensfield (Haupt-Az.: 950-15)

Die AW Windenergie Bramsche GmbH & Co. KG plant die Anbringung einer bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung an den sieben genehmigten Windenergieanlagen (WEA) im Windpark Bramsche-Ahrensfield in der Stadt Bramsche, Gemarkung Epe, Flur 19, Flurstück 43, Flur 18, Flurstücke 36/1, 19, 14/4 und 32, Flur 6, Flurstück 40/9 sowie Gemarkung Schleptrup, Flur 4, Flurstück 544/1. Bei dem Standort des Vorhabens handelt es sich planungsrechtlich um Innen-bereich, da ein Bebauungsplan zugrunde liegt.

Mit immissionsschutzrechtlichem Genehmigungsbescheid

vom 21.04.2016 wurde der AW Windenergie Bramsche GmbH & Co. KG die Errichtung und der Betrieb von sieben WEA im Windpark Bramsche-Ahrensfield genehmigt.

Um eine Reduzierung der Lichtemissionen bis zu 90 % und somit eine erhöhte Bevölkerungsakzeptanz zu erreichen, ist die Anbringung einer bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung an den sieben WEA geplant.

Gemäß § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 UVPG ist bei der Änderung eines Vorhabens, für das eine UVP durchgeführt worden ist, eine allgemeine UVP-Vorprüfung durchzuführen. Die Prüfung hat aus folgenden Gründen ergeben, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, sodass keine UVP-Pflicht besteht.

Gemäß der Nr. 3 Anlage 3 UVPG sind die möglichen Auswirkungen eines Vorhabens auf die Schutzgüter zu beurteilen. Für die Schutzgüter Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Wasser, Klima, Luft, Landschaft, kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter sind keine erheblichen negativen Umweltauswirkungen durch das geplante Vorhaben zu erwarten. Durch die Anbringung einer bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung entstehen auf diese Schutzgüter keine geänderten Auswirkungen, als die bereits im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid vom 21.04.2016 betrachteten. Die bereits betrachteten Auswirkungen sind als nicht erheblich einzustufen.

Ebenso sind keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu erwarten.

Durch die Installation der bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung werden die Befeuerungsanlagen der WEA nur eingeschaltet, wenn sich ein Flugzeug im Umfeld der WEA befindet. Dadurch erfolgt eine Reduzierung der Lichtimmissionen. Die Auswirkungen werden durch die Änderung demnach verringert.

Weitergehende Auswirkungen der WEA wurden bereits im ursprünglichen Genehmigungsverfahren abschließend betrachtet.

Es liegen insgesamt keine erheblichen Umweltauswirkungen vor.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 31.01.2020

**Landkreis Osnabrück**  
Die Landrätin  
Fachdienst Planen und Bauen  
i. A. Röwekamp

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 2, 31. Januar 2020

#### **B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden Samtgemeinden und der Zweckverbände**

34

### **1. Änderungssatzung der Gemeinde Bad Rothenfelde über Parkgebühren (Parkgebührenordnung) in der Fassung vom 19. Dezember 2019**

Aufgrund der §§ 10, 58 und 11 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26.10.2016 (Nds. GVBl. S. 226), in Verbindung mit § 6 a Abs. 6 des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.03.2003 (BGBl. I S. 310), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 17.08.2017 (BGBl. I S. 3202), hat der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde in seiner Sitzung am 19.12.2019 beschlossen:

## **§ 2 Parkgebühren**

2. Für die Parkplätze auf dem **Zentralparkplatz** betragen die Gebühren:

<b>Dauer Gebühr</b>	
Pro Stunde	1,50 €
Tageshöchstsatz	10,00 €

**Gebührenpflicht**  
Montag – Freitag von 12.00 Uhr bis 19.00 Uhr  
Samstag, Sonntag und an Feiertagen von 09.00 Uhr bis 19.00 Uhr  
Während der übrigen Zeiten ist das Parken gebührenfrei.

Dauerparker zahlen auf dem Zentralparkplatz 15,00 € pro Monat (Parkausweis ganzwöchig) bzw. 12,00 € pro Monat (Parkausweis Mo – Fr). Die Vergabe eines Dauerparkplatzes erfolgt nach Verfügbarkeit unter dem Vorbehalt einer Kündigungsfrist von 4 Wochen.

## **Inkrafttreten**

Diese 1. Änderungssatzung zur Parkgebührenordnung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

**Bad Rothenfelde**, 19.12.2019

(Siegel) Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 2, 31. Januar 2020

35

## **9. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Hilter am Teutoburger Wald vom 09.11.1993 Wasserabgabensatzung**

Aufgrund der §§ 10 und 111 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) und der §§ 5, 6 und 8 des Nieders. Kommunalabgabengesetzes in den jeweils zur Zeit geltenden Fassungen hat der Rat der Gemeinde Hilter a.T.W. in seiner Sitzung am 05. Dezember 2019 folgende Änderungssatzung beschlossen:

## **Artikel I**

**§ 15 Absatz 2 erhält folgende Fassung:**

## **§ 15 Gebührensätze**

(2) Die Wassergebühr beträgt 1,07 € je m³ (1,14 € einschl. USt.).

## **Artikel II**

Diese Änderungssatzung tritt zum 01.01.2020 in Kraft.

**Hilter a.T.W.**, den 05. Dezember 2019

**Gemeinde Hilter a.T.W.**  
Schewski  
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 2, 31. Januar 2020

36

## **Satzung der Gemeinde Belm zur Verringerung der Zahl der Abgeordneten (Ratsfrauen und Ratsherren)**

Aufgrund der §§ 10 und 46 Abs. 4 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. Nr. 31/2010 vom 23.12.2010 S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des NKomVG und anderer kommunalrechtlicher Vorschriften sowie über die Gebietsänderungen im Bereich des Hafens Wilhelmshaven (Nds. GVBl. Nr. 15/2016 vom 31.10.2016 S. 226), hat der Rat der Gemeinde Belm in seiner Sitzung am 11. Dezember 2019 folgende Satzung beschlossen:

## **§ 1**

Die Zahl der zu wählenden Ratsfrauen und Ratsherren für den Rat der Gemeinde Belm wird für die Wahlperiode vom 01.11.2021 bis 31.10.2026 gegenüber der nach § 46 Abs. 1 NKomVG vorgesehenen Zahl um 4 verringert.

Aufgrund der Verringerung gehören dem Rat der Gemeinde Belm in dieser Wahlperiode 26 Ratsfrauen und Ratsherren an.

## **§ 2**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück in Kraft.

**Belm**, der 3. Dezember 2019

(Siegel) **Gemeinde Belm**  
Viktor Hermeler  
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 2, 31. Januar 2020

## Bekanntmachung über den Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 20 "Hartlage" der Stadt Quakenbrück

Der Rat der Stadt Quakenbrück hat in seiner Sitzung am 07.12.2016 den Bebauungsplan Nr. 20 "Hartlage", bestehend aus der Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen, nebst Begründung als Satzung beschlossen. Dies wird hiermit bekanntgemacht.

Der Bebauungsplan wurde aus dem gültigen Flächennutzungsplan entwickelt.

Der Geltungsbereich wird wie folgt begrenzt:

Im Norden durch die Nordgrenze der Flurstücke 193/3 und 274, Flur 9, Gemarkung Quakenbrück, im Osten durch den Hartlager Weg und die Westgrenzen der Flurstücke 92, 94/1, 96/3 und 170/1, Flur 9, Gemarkung Quakenbrück, im Süden durch das Grundstück Hartlager Weg 2, die Südgrenze der Flurstücke 91/1 u. 91/2, Flur 9, Gemarkung Quakenbrück, und die Baugrundstücke nördlich des Völkerskamp und im Westen durch die Große Mühlenhase.

Durch diesen Bebauungsplan werden die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 65 „Völkerskamp-Nord“, soweit er in den Geltungsbereich dieses Planes fällt, außer Kraft gesetzt.

Der Bebauungsplan Nr. 20 "Hartlage" tritt gemäß § 10 Abs. 3 i.V.m. § 214 § Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) rückwirkend zum 31.12.2016 in Kraft.

Jedermann kann den Bebauungsplan und die Begründung während der Dienststunden im Verwaltungsgebäude Markt 2, Zimmer 203, 49610 Quakenbrück einsehen und über den Inhalt Auskunft verlangen.

Unbeachtlich werden nach § 215 BauGB

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung der Satzung schriftlich der Stadt Quakenbrück unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Quakenbrück, 13.01.2020

**Stadt Quakenbrück**  
Der Stadtdirektor  
i. V. Wuller

## Haushaltssatzung der Stadt Quakenbrück für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hat der Rat der Stadt Quakenbrück am 9. Dezember 2019 folgende Haushaltssatzung beschlossen.

### § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

#### 1. im **Ergebnishaushalt**

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1.	der ordentlichen Erträge auf	16.837.364 €
1.2.	der ordentlichen Aufwendungen auf	16.806.618 €
1.3.	der außerordentlichen Erträge auf	0 €
1.4.	der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 €
1.5.	Jahresergebnis	30.746 €

#### 2. im **Finanzhaushalt**

mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1.	der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	16.032.479 €
2.2.	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	16.587.544 €
2.3.	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf	2.789.235 €
2.4.	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf	9.869.800 €
2.5.	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	7.080.565 €
2.6.	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	382.525 €
2.7.	Finanzmittelbestand	-937.590 €

festgesetzt.

Nachrichtlich:

Gesamtbetrag der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	25.902.279 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	26.839.869 €

### § 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und für Investitionsförderungsmaßnahmen (Kredit-ermächtigung) wird auf 7.080.565 € festgesetzt.

### § 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

### § 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquidi-

tätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 2.668.000 € festgesetzt.

## § 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
  - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 380 v.H.
  - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) 380 v.H.
2. Gewerbesteuer 390 v.H.

## § 6

Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung im Sinne von §12 Abs. 1 Satz 1 KomHKVO wird auf 500.000 € festgesetzt.

Quakenbrück, 10.12.2019

Brüggemann  
Bürgermeister

Poppe  
Stadtdirektor

### Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Die nach §120 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) erforderliche Genehmigung ist durch den Landkreis Osnabrück am 09.01.2020 unter dem Aktenzeichen 11.3-2019/001892 Tsch erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG vom 03.02.2020-11.02.2020 zur Einsichtnahme im Dienstgebäude Markt 2 (2. Etage), Zimmer 310 in 49610 Quakenbrück öffentlich aus.

Quakenbrück, den 10.01.2020

Stadt Quakenbrück  
Der Stadtdirektor

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 2, 31. Januar 2020

39

### Haushaltssatzung der Gemeinde Kettenkamp für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Gemeinde Kettenkamp in der Sitzung am 17.12.2019 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 beschlossen:

## § 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

### 1. im Ergebnishaushalt mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1.	der ordentlichen Erträge auf	1.663.100 €
1.2.	der ordentlichen Aufwendungen auf <i>ordentliches Ergebnis</i>	1.703.300 € -40.200 €
1.3.	der außerordentlichen Erträge auf	0 €
1.4.	der außerordentlichen Aufwendungen auf <i>außerordentliches Ergebnis</i>	0 € 0 €
	<i>Gesamtergebnis</i>	-40.200 €

### 2. im Finanzhaushalt mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1.	der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.460.900 €
2.2.	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.535.800 €
2.3.	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf	565.800 €
2.4.	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf	1.443.500 €
2.5.	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	877.700 €
2.6.	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	95.300 €

festgesetzt.

Nachrichtlich Gesamtbeträge	
der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	2.904.400 €
der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	3.074.600 €
<i>Finanzmittelbestand</i>	-170.200 €

festgesetzt.

## § 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 877.700 € festgesetzt.

## § 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

## § 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 2.000.000 € festgesetzt.

## § 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
  - 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

	(Grundsteuer A)	380 v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B)	380 v.H.
2.	Gewerbesteuer	395 v.H.

## § 6

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 117 NKomVG gelten als unerheblich, wenn sie 2.000 € nicht übersteigen.

## § 7

Die Notwendigkeit einer Nachtragshaushaltssatzung im Sinne des § 115 Abs. 2 Nr. 2 NKomVG ist gegeben, wenn sich Mehraufwendungen ergeben, die im Einzelfall 5 v.H. der Gesamtaufwendungen des Ergebnishaushaltes übersteigen. Gleiches gilt für Mehrauszahlungen in Bezug auf die Gesamtauszahlungen des Finanzhaushaltes.

## § 8

Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher Bedeutung im Sinne von § 12 Abs. 1 Satz 1 KomHKVO wird auf 80.000 EUR festgesetzt.

**Kettenkamp**, den 16.01.2020

**Gemeinde Kettenkamp**  
Der Bürgermeister  
Wilke

### Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2020

Vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Gemäß dem § 122 Abs. 2 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) ist die für die §§ 2 und 4 der Haushaltssatzung erforderliche Genehmigung durch den Landkreis Osnabrück am 14.01.2020 unter dem Aktenzeichen 11.3 Re erteilt worden.

Der Haushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG vom 03.02. bis zum 13.02.2020 zur Einsichtnahme im Gemeindebüro der Gemeinde Kettenkamp, Hauptstraße 11, 49577 Kettenkamp, während der Dienststunden öffentlich aus.

**Kettenkamp**, 16.01.2020

**Gemeinde Kettenkamp**  
Der Bürgermeister  
Wilke

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 2, 31. Januar 2020

40

### Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der Kur und Touristik Bad Rothenfelde GmbH

1. Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück hat am 2. Januar 2020 eine mit einem Prüfungsergebnis versehene Ausfertigung des Prüfungsberichtes der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Klein, Dr. Mönstermann und Partner mbH, Osnabrück, über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2018 überreicht. Darin heißt es:

„Der Jahresabschluss entspricht in allen wesentlichen Belangen den deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018.“

Der Lagebericht vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes geführt hat.

Ergänzende Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes nach § 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetr-VO sind nicht erforderlich.“

**Osnabrück**, 2. Januar 2020

**Rechnungsprüfungsamt  
des Landkreises Osnabrück**  
i. A. Sonja Göhler

(Siegel)

2. Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 12. November 2019 folgenden Beschluss gefasst:

„Der vorgelegte Jahresabschluss und der Prüfbericht für das Jahr 2018 werden genehmigt. Der Geschäftsführung wird für das Jahr 2018 Entlastung erteilt. Der Verlust von 15.867,77 € wird auf neue Rechnung vorgetragen und soll mit zukünftigen Gewinnanteilen verrechnet werden.“

3. Gemäß § 36 der Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) werden die Beschlüsse über den Jahresabschluss, über die Entlastung der Geschäftsführung sowie über die Behandlung des Jahresergebnisses, der Bestätigungsvermerk und die Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Erfolgsübersicht liegen in der Zeit vom 3. Februar 2020 bis einschließlich 11. Februar 2020 zur Einsichtnahme in den Geschäftsräumen der Kur und Touristik Bad Rothenfelde GmbH, Am Kurpark 12, 49214 Bad Rothenfelde, öffentlich aus.

**Bad Rothenfelde**, 16. Januar 2020



**Kur und Touristik Bad Rothenfelde GmbH**

Rehkämper  
Geschäftsführer

(Siegel)

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 2, 31. Januar 2020

41

**Prüfung  
des Jahresabschlusses 2018  
der Kurverwaltung Bad Rothenfelde GmbH**

1. Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück hat am 2. Januar 2020 eine mit einem Prüfungsergebnis versehene Ausfertigung des Prüfungsberichtes der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Klein, Dr. Mönstermann und Partner mbH, Osnabrück, über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2018 überreicht. Darin heißt es:

„Der Jahresabschluss entspricht in allen wesentlichen Belangen den deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018.

Der Lagebericht vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes geführt hat.

Ergänzende Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes nach § 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetr-VO sind nicht erforderlich.“

Osnabrück, 2. Januar 2020

**Rechnungsprüfungsamt  
des Landkreises Osnabrück**

(Siegel)

i. A. Sonja Göhler

2. Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 12. November 2019 folgenden Beschluss gefasst:

„Der vorgelegte Jahresabschluss und der Prüfungsbericht für das Jahr 2018 werden genehmigt. Der Geschäftsführung wird für das Jahr 2018 Entlastung erteilt. Der Verlust von 66.762,23 € wird auf neue Rechnung vorgetragen und soll mit zukünftigen Gewinnanteilen verrechnet werden.“

3. Gemäß § 36 der Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) werden die Beschlüsse über den Jahresabschluss, über die Entlastung der Geschäftsführung sowie über die Be-

handlung des Jahresergebnisses, der Bestätigungsmerk und die Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Erfolgsübersicht liegen in der Zeit vom 3. Februar 2020 bis einschließlich 11. Februar 2020 zur Einsichtnahme im Kurmittelhaus, Frankfurter Str. 3, 49214 Bad Rothenfelde, Finanzabteilung (Ostflügel, EG, Raum 66), öffentlich aus.

Bad Rothenfelde, 16. Januar 2020

**Kurverwaltung Bad Rothenfelde GmbH**

Rehkämper  
Geschäftsführer

(Siegel)

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 2, 31. Januar 2020

42

**Prüfung  
des Jahresabschlusses 2018 der  
Kurmittelhaus-Therapie Bad Rothenfelde GmbH**

1. Das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück hat am 2. Januar 2020 eine mit einem Prüfungsergebnis versehene Ausfertigung des Prüfungsberichtes der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Klein, Dr. Mönstermann und Partner mbH, Osnabrück, über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2018 überreicht. Darin heißt es:

„Der Jahresabschluss entspricht in allen wesentlichen Belangen den deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018.

Der Lagebericht vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes geführt hat.

Ergänzende Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes nach § 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetr-VO sind nicht erforderlich.“

Osnabrück, 2. Januar 2020

**Rechnungsprüfungsamt  
des Landkreises Osnabrück**

(Siegel)

i. A. Sonja Göhler

2. Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 12. November 2019 folgenden Beschluss gefasst:

„Der vorgelegte Jahresabschluss und der Prüfungsbericht für das Jahr 2018 werden genehmigt. Der Geschäftsführung wird für das Jahr 2018 Entlastung erteilt. Der Gewinn von 35.845,98 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.“

3. Gemäß § 36 der Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) werden die Beschlüsse über den Jahresabschluss, über die Entlastung der Geschäftsführung sowie über die Behandlung des Jahresergebnisses, der Bestätigungsvermerk und die Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Erfolgsübersicht liegen in der Zeit vom 3. Februar 2020 bis einschließlich 11. Februar 2020 zur Einsichtnahme im Kurmittelhaus, Frankfurter Str. 3, 49214 Bad Rothenfelde, Finanzabteilung (Ostflügel, EG, Raum 66), öffentlich aus.

**Bad Rothenfelde**, 16. Januar 2020

**Kurmittelhaus-Therapie Bad Rothenfelde GmbH**

Rehkämper

(Siegel)

Geschäftsführer

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 2, 31. Januar 2020

**43**

**Haushaltssatzung  
des Wasserverbandes Wittlage  
für das Haushaltsjahr 2020**

Aufgrund des § 114 NKomVG (Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz) in der zurzeit gültigen Fassung in Verbindung mit § 16 NKomZG (Niedersächsisches Gesetz über die Kommunale Zusammenarbeit) hat die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 17.12.2019 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

**§ 1**

Der Wirtschaftsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

im **Erfolgsplan** mit

Erträgen in Höhe von	17.657.000,00 €
Aufwendungen in Höhe von	17.061.000,00 €

im **Vermögensplan** mit

Einnahmen in Höhe von	11.457.000,00 €
Ausgaben in Höhe von	11.457.000,00 €

festgesetzt.

**§ 2**

Kredite werden in Höhe von 5.150.000,00 € veranschlagt.

**§ 3**

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

**§ 4**

Der Höchstbetrag des Kassenkredites, der zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben im Haushaltsjahr 2020 in Anspruch genommen werden darf, wird auf 1.000.000,00 € festgesetzt.

**§ 5**

Der Stellenplan wird wie vorgelegt genehmigt.

**Bekanntmachung der Haushaltssatzung**

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die nach § 120 Abs. 2 NKomVG i.V.m. § 16 Abs. 2 NKomZG erforderliche Genehmigung ist durch den Landkreis Osnabrück am 14.01.2020 unter dem AZ 11.3 Re erteilt worden.

Der Wirtschaftsplan 2020 liegt nach § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG während der Dienststunden vom 10.02.2020 bis 21.02.2020 zur Einsichtnahme in der Geschäftsstelle des Wasserverbandes Wittlage, Im Westerbruch 67, 49152 Bad Essen, öffentlich aus.

**Bad Essen**, den 31.01.2020

**Wasserverband Wittlage**

Der Geschäftsführer

Uwe Böhning

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 2, 31. Januar 2020

**44**

**Satzung  
über die Festlegung von Schulbezirken für die  
Schulen in der Gemeinde Ostercappeln**

Aufgrund der §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NkomVG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 11. September 2019 (Nds. GVBl. S. 258) und der §§ 14 und 31 des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG) in der Fassung vom 03. März 1998, zuletzt geändert durch Art. 15 des Gesetzes vom 16. Mai 2018 (Nds. GVBl. S. 66) hat der Gemeinderat der Gemeinde Ostercappeln auf Grundlage der Schulentwicklungsplanung des Landkreises Osnabrück in seiner Sitzung am 11.12.2019 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1**

**Schulbezirk für den Sekundarbereich I**

Seit Einführung der Oberschule zum Schuljahr 2011/2012 ersetzt diese die Schulform der Haupt- und Realschule mit Orientierungsstufe. Dabei bilden die politischen Grenzen der Gemeinde Ostercappeln den Schulbezirk für die Ludwig-Windthorst-Schule (Oberschule) in Ostercappeln.

**§ 2**

**Schulbezirke Primarbereich**

Für die Schulen werden folgende Schulbezirke festgelegt:

1. Grundschule in Ostercappeln  
Die Ortschaft Ostercappeln mit ihren Ortsteilen Haaren,

Hitz-Jöstinghausen, Nordhausen und Ostercappeln bilden den Schulbezirk der Grundschule Ostercappeln.

2. Grundschule in Schwagstorf  
Die Ortschaft Schwagstorf bildet den Schulbezirk für die Grundschule Schwagstorf.
3. Grundschule in Venne  
Die Ortschaft Venne mit ihren Ortsteilen Broxten, Niewedde und Vorwalde bildet den Schulbezirk für die Grundschule Venne.

Für das offene Ganztagschulangebot gelten die in Nr. 1 – 3 aufgeführten Grundschulbezirke.

### **§ 3 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt mit dem Tag nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Festlegung von Schulbezirken in der Gemeinde Ostercappeln vom 24.05.1994 inklusive der 1. Änderung außer Kraft.

Ostercappeln, den 12.12.2019

**Gemeinde Ostercappeln**  
Der Bürgermeister  
Rainer Ellermann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 2, 31. Januar 2020

45

## **Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Gemeinde Ostercappeln (Gefahrenabwehrverordnung)**

Aufgrund des § 55 Abs. 1 Nr. 1 des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (NPOG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Januar 2005 (Nds. GVBl. S. 9), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Mai 2019 (Nds. GVBl. S. 88), und der §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 27. März 2019 (Nds. GVBl. 70), hat der Rat der Gemeinde Ostercappeln in seiner Sitzung am 11.12.2019 folgende Verordnung beschlossen:

### **Inhaltsübersicht:**

#### **Erster Abschnitt - Allgemeine Vorschriften**

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Begriffsbestimmungen
- § 3 Allgemeine Verhaltenspflichten

#### **Zweiter Abschnitt - Öffentliche Einrichtungen und Anlagen**

- § 4 Schutz öffentlicher Verkehrsflächen und öffentlicher Anlagen
- § 5 Spielplätze und Spielgeräte

#### **Dritter Abschnitt - Anliegerpflichten**

- § 6 Art, Maß und räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung

- § 7 Beseitigung von Schnee und Glätte
- § 8 Entfernung von Schneeüberhängen
- § 9 Hecken, Bäume und Sträucher an Straßen
- § 10 Weitere Gefahren von Grundstücken

#### **Vierter Abschnitt - Tierhaltung**

- § 11 Haltung von Tieren, insbesondere Hunde

#### **Fünfter Abschnitt - Offene Feuer im Freien**

- § 12 Abbrennen von Brauchtumsfeuer

#### **Sechster Abschnitt - Sonstige Vorschriften zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung**

- § 13 Wahrung der Nacht- und Mittagsruhe
- § 14 Reinigen und Reparieren von Fahrzeugen
- § 15 Ladung und Transport von Naturdünger
- § 16 Hausnummern
- § 17 Werbung
- § 18 Nutzung von Privatgrundstücken für den Gemeingebrauch

#### **Siebter Abschnitt - Schlussvorschriften**

- § 19 Ausnahmen
- § 20 Ordnungswidrigkeiten
- § 21 Geltungsdauer
- § 22 Inkrafttreten

### **1. Abschnitt Allgemeine Vorschriften**

#### **§ 1 Geltungsbereich**

Diese Verordnung gilt im Gebiet der Gemeinde Ostercappeln.

#### **§ 2 Begriffsbestimmungen**

Im Sinne dieser Verordnung sind

##### **1. Straßen:**

Dem öffentlichen Verkehr gewidmete Flächen sowie diejenigen Flächen, auf denen tatsächlich mit Duldung oder Zustimmung des Verfügungsberechtigten öffentlicher Verkehr stattfindet.

Zur Straße im Sinne dieser Verordnung gehören Fahrbahnen, Wege, Plätze, Rad- und Gehwege, Gassen, verkehrsberuhigte Zonen, Tunnel, Treppen, Durchlässe, Dämme, Gräben, Entwässerungsanlagen, Böschungen, Stützmauern, Trenn-, Seiten-, Rand-, Sicherheits-, Grün- und Parkstreifen ohne Rücksicht darauf, ob und wie die einzelnen Straßenteile befestigt sind.

##### **2. Fahrbahn:**

Der Teil der Straße, der dem allgemeinen Verkehr mit Fahrzeugen dient.

##### **3. Öffentliche Verkehrsflächen:**

Alle Straßen, Fahrbahnen, Wege, Plätze, Anlagen, Markt- und Parkplätze, Brücken, Durchfahrten, Durchgänge, Tunnel, Über- und Unterführungen, Geh- und Radwege, Fußgängerzonen, Treppen, Hauszugangswege und -durchgänge, Rinnsteine, Regenwassereinflüsse, Dämme, Böschungen, Stützmauern, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen, Bushaltestellen, Verkehrsflächen und sonstige Flächen, ohne

Rücksicht auf ihren Ausbauzustand, soweit sie für den öffentlichen Verkehr genutzt werden.

## 2. Öffentliche Anlagen:

Alle Park- und Grünanlagen, Grillplätze, Erholungsanlagen, Friedhöfe, Schulhöfe, Kinderspiel-, Bolz- und Sportplätze und ähnliche Einrichtungen, die der Allgemeinheit zugänglich sind.

## 3. Fahrzeuge:

Mobile Verkehrsmittel, die zur Beförderung von Personen oder Sachen dienen und am Verkehr auf der Straße teilnehmen.

### § 3

#### Allgemeine Verhaltenspflichten

- (1) Auf öffentlichen Verkehrsflächen und in öffentlichen Anlagen haben sich alle so zu verhalten, dass andere nicht gefährdet, geschädigt oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert werden. Die Benutzung der öffentlichen Verkehrsflächen und der öffentlichen Anlagen darf nicht vereitelt oder beschränkt werden.
- (2) Absatz 1 findet nur insoweit Anwendung, als die darin enthaltenen Verhaltenspflichten und Benutzungsgebote nicht der Regelung des Verkehrs im Sinne der Straßenverkehrsverordnung (StVO) auf öffentlichen Verkehrsflächen und in öffentlichen Anlagen dienen. Insoweit ist § 1 Abs. 2 StVO einschlägig.

## 2. Abschnitt

### Öffentliche Einrichtungen und Anlagen

### § 4

#### Schutz öffentlicher Verkehrsflächen und öffentlicher Anlagen

- (1) Die öffentlichen Verkehrsflächen und öffentlichen Anlagen sind schonend zu behandeln. Sie dürfen nur ihrer Zweckbestimmung entsprechend genutzt werden. Vorübergehende Nutzungseinschränkungen auf Hinweistafeln sind zu beachten.
- (2) Es ist untersagt in öffentlichen Anlagen
  1. Bänke zum Liegen oder Schlafen zu benutzen,
  2. zu übernachten,
  3. Trinkgelage abzuhalten,
  4. mit Fahrzeugen zu befahren oder Fahrzeuge abzustellen,
  5. Feuer zu entzünden,
  6. Müll und gefährliche Gegenstände oder Stoffe mitzubringen oder liegen zu lassen.
- (3) Es ist verboten, unberechtigt das Zubehör von öffentlichen Verkehrsflächen und öffentlichen Anlagen
  1. über das im Rahmen des Gemeingebrauchs übliche Ausmaß hinaus zu verunreinigen oder zu verschmutzen,
  2. zu beschreiben, zu bemalen, zu besprühen, zu bekleben oder anderweitig zu beschädigen,
  3. zu erklettern, oder, soweit es der Absperrung, Einfriedung oder sonstigen Abgrenzung dient, zu überwinden,

4. umzukippen, zu versetzen, zu entfernen oder in sonstiger Weise zu verändern,
5. zuzustellen, zu verdecken, zu verstopfen, zu öffnen; dies gilt insbesondere für Einläufe, Abflüsse, Abdeckungen und andere Verschlüsse von Zubehör,
6. anderweitig in ihrer Sichtbarkeit oder Funktionsfähigkeit zu beeinträchtigen.

- (4) Es ist untersagt, die öffentlichen Verkehrsflächen und öffentlichen Anlagen durch Abfälle zu verunreinigen. Es ist verboten, Hausmüll, gewerbliche Abfälle und Sperrmüll in öffentlichen Abfallbehältern zu entsorgen; erlaubt ist nur die Entsorgung von Restmüll, Altpapier, Verpackungen und Bioabfällen in öffentlichen Abfallbehältern, die üblicherweise im Rahmen des Gemeingebrauchs auf Verkehrsflächen und in Anlagen in geringen Mengen anfallen.
- (5) Es ist verboten, auf den Parkplätzen an der B 51/65 innerhalb des Gemeindeteils Haaren der Gemeinde Ostercappeln der Prostitution nachzugehen. Das Verbot erstreckt sich auch auf die unmittelbar angrenzenden öffentlichen Straßen und Wege innerhalb der Gemeinde Ostercappeln.

### § 5

#### Spielplätze und Spielgeräte

- (1) Die Benutzung von Spielgeräten in öffentlichen Anlagen oder auf Spielplätzen ist nur für die jeweils angegebene Altersgruppe und zu den angegebenen Zeiten gestattet.
- (2) Es ist untersagt, auf Kinderspielplätzen Fußball zu spielen oder Rad zu fahren, soweit dies nicht ausdrücklich zugelassen ist.
- (3) Zum Schutze der Kinder und Jugendlichen ist es auf Kinderspiel- und Bolzplätzen verboten, gefährliche Gegenstände oder gefährliche Stoffe mitzubringen sowie Glas jeglicher Art, Metallteile oder Dosen zu zerschlagen oder einzugraben.
- (4) Die Benutzung der Spielplätze und -geräte erfolgt auf eigene Gefahr.

## 3. Abschnitt

### Anliegerpflichten

### § 6

#### Art, Maß und räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung

- (1) Soweit die Straßenreinigung nach § 1 der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Gemeinde Ostercappeln den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke oder den ihnen gleichgestellten Personen übertragen worden ist, ist sie einmal wöchentlich an einem Werktag durchzuführen. Die Reinigungspflicht erstreckt sich von der Grundstücksgrenze des Anliegers bis zur jeweiligen Fahrbahnmitte. Sie besteht ohne Rücksicht darauf, ob und wie die zu reinigenden Flächen befestigt sind.
- (2) Die Reinigungspflicht umfasst insbesondere die Beseiti-

gung von Schmutz, Laub, Unrat und Wildkräutern. Die Reinigungspflicht umfasst nicht die Reinigung der Regenwassereinläufe.

- (3) Besondere Verunreinigungen wie zum Beispiel durch Bauarbeiten, durch An- und Abfuhr von festen Brennstoffen oder Abfällen, durch Unfälle oder Tiere sind unverzüglich zu beseitigen. Trifft die Reinigungspflicht nach anderen Vorschriften des öffentlichen Rechts (z. B. § 17 NStrG) einen Dritten, so geht dessen Pflicht zur Reinigung vor.
- (4) Der Staubentwicklung bei den Reinigungsarbeiten ist auf geeigneter Weise vorzubeugen. Bei Frostgefahr und Frost ist das Besprengen mit Wasser verboten. Der Kehrriech ist ordnungsgemäß zu entsorgen und darf nicht den Nachbarn zugekehrt oder in Gräben oder Einlaufschächte der Kanalisation gekehrt werden. Die Abfuhr obliegt dem Reinigungspflichtigen.
- (5) Der Einsatz von chemischen Pflanzenbehandlungsmitteln ist nicht zulässig.

## **§ 7 Winterdienst**

- (1) Soweit der Winterdienst nach § 1 der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Gemeinde Ostercappeln den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke oder den ihnen gleichgestellten Personen übertragen worden ist, sind sie verpflichtet,
  1. bei Schneefall die Gehwege, einschließlich gemeinsamer Rad- und Gehwege, mit einer geringeren Breite als 1,50 m ganz, die übrigen mindestens in einer Breite von 1,50 m freizuhalten. Ist ein ausgebauter Gehweg nicht vorhanden, so ist ein entsprechend breiter Streifen neben der Fahrbahn oder, wo ein Seitenraum nicht vorhanden ist, am äußeren Rand der Fahrbahn freizuhalten. Die Verpflichtung bezieht sich werktags auf die Zeit zwischen 07:00 Uhr und 19:00 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen auf die Zeit zwischen 08:00 Uhr und 19:00 Uhr.
  2. bei Glätte dafür zu sorgen, dass Gehwege, einschließlich gemeinsamer Rad- und Gehwege, mit einer geringeren Breite als 1,50 m ganz, die übrigen mindestens in einer Breite von 1,50 m mit Sand oder anderen abstumpfenden Mitteln so bestreut sind, dass ein sicherer Weg für Verkehrsteilnehmer vorhanden ist. Ist ein ausgebauter Gehweg nicht vorhanden, so ist ein entsprechend breiter Streifen neben der Fahrbahn oder, wo ein Seitenraum nicht vorhanden ist, am äußeren Rand der Fahrbahn zu bestreuen. Bei eintretendem Tauwetter sind die Gehwege, einschließlich gemeinsamer Rad- und Gehwege, von dem vorhandenen Eis zu befreien. Die Verpflichtung bezieht sich werktags auf die Zeit zwischen 07:00 Uhr und 19:00 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen auf die Zeit zwischen 08:00 Uhr und 19:00 Uhr.
- (2) Gossen, insbesondere die Regenwassereinläufe und Hydranten, sind schnee- und eisfrei zu halten. Die von Gehwegen und Gossen geräumten Schnee und Eismassen dürfen nicht so gelagert werden, dass dadurch der Verkehr auf der Fahrbahn und dem Gehweg gefährdet oder mehr als vermeidbar behindert wird.

- (3) Zur Beseitigung von Schnee und Glätte dürfen keine Chemikalien verwendet werden. Streusalz nur

1. in Ausnahmefällen, wenn mit anderen Mitteln und zumutbarem Aufwand die Glätte nicht ausreichend beseitigt werden kann und
2. an gefährlichen Stellen an Gehwegen, einschließlich gemeinsamer Rad- und Gehwege, wie z. B. Treppen, Rampen, Brückenauf- oder -abgängen, vor Bushaltestellen, starken Gefälle- oder Steigungsstrecken oder ähnlichen Gehwegabschnitten.

Traufenbereiche von Bäumen und begrünte Flächen dürfen nicht mit Streusalz bestreut und salzhaltiger Schnee dort nicht gelagert werden.

- (4) Rückstände von Streumaterial sind zu beseitigen, wenn eine Glättegefahr nicht mehr besteht.

## **§ 8 Entfernung von Schneeüberhängen**

Bei überhängendem Schnee und Eiszapfen an Gebäuden oder Bauwerken sind, wenn hierdurch Menschen, Tiere oder Sachen gefährdet oder beschädigt werden können, geeignete Maßnahmen zur Gefahrenabwehr zu ergreifen.

## **§ 9 Hecken, Bäume und Sträucher an Straßen**

Hecken, Bäume, Sträucher und Pflanzen dürfen den Verkehr auf Straßen und Gehwegen nicht behindern oder gefährden sowie amtliche Verkehrszeichen und Straßenleuchten nicht verdecken oder Sichtdreiecke einschränken. Sie sind so im Schnitt zu halten, dass der Luftraum über der Fahrbahn bis zu 4,50 m sowie über Geh- und Radwegen bis zu 3,00 m frei bleibt. Gleiches gilt für trockene Äste oder Zweigen über öffentlichen Verkehrsflächen.

## **§ 10 Weitere Gefahren von Grundstücken**

- (1) Frisch gestrichene Gegenstände, Gebäude und bauliche Anlagen, die unmittelbar an Verkehrsflächen oder Anlagen grenzen, sind durch eine entsprechende Beschilderung mit Warnhinweisen kenntlich zu machen und durch eine Absperrung zu sichern.
- (2) Es ist verboten, Nägel und andere spitze oder scharfe Gegenstände auf und an den nach außen gerichteten Seiten von Einfriedungen, die unmittelbar an öffentliche Verkehrsflächen oder öffentliche Anlagen grenzen und niedriger als 2,50 m über dem Erdboden sind, anzubringen.

## **4. Abschnitt Tierhaltung**

## **§ 11 Haltung von Tieren, insbesondere Hunde**

- (1) Hunde, die nicht ohnehin bereits aufgrund anderer Vorschriften einem Leinenzwang unterliegen, sind in den in

Absatz 2 genannten Bereichen an einer biss- und reißfesten Leine zu führen. Auf Kinderspielplätze, Bolzplätze, Sportplätze und Schulhöfe dürfen Hunde nicht mitgenommen werden. Diese Regelung gilt nicht für Blindenhunde und ausgebildete Begleithunde, wenn sie blinde Personen oder Menschen mit Beeinträchtigungen in diese Bereiche führen.

(2) Der Leinenzwang gilt in folgenden Bereichen:

1. auf öffentlichen Verkehrsflächen und in öffentlichen Anlagen innerhalb der Gemeinde Ostercappeln, soweit das Mitführen von Hunden zulässig ist,
2. in der freien Landschaft während der Brut-, Setz- und Aufzuchtzeiten im Sinne des Niedersächsischen Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG),
3. in der ortsnahen freien Landschaft (§ 2 NWaldLG) außerhalb der allgemeinen Brut-, Setz- und Aufzuchtzeit nach der Verordnung zum Schutz Erholungssuchender und wildlebender Tiere im Gebiet der Gemeinde Ostercappeln,
4. bei Umzügen, Volksfesten, Märkten und sonstigen Veranstaltungen mit Menschenansammlungen, sowie auf Anlagen oder Verkehrsflächen, die unmittelbar an für jedermann zugängliche Spielplätze, Sportanlagen, Schulhöfen und Gelände von Kindergärten angrenzen.

(3) Hundehalter oder die mit der Führung oder Beaufsichtigung von Hunden Beauftragten sind verpflichtet zu verhindern, dass ihr Tier

1. unbeaufsichtigt oder ohne Eingriffsmöglichkeit herumläuft;
2. Personen oder Tiere gefährdend anspringt oder anfährt;
3. öffentliche Verkehrsflächen oder öffentliche Anlagen mit Kot verunreinigt oder beschädigt.

Nach der Verunreinigung durch Kot ist der Hundehalter oder die mit der Führung oder Beaufsichtigung beauftragte Person unverzüglich zur Säuberung verpflichtet. Diese Reinigungspflicht geht der des Anliegers vor.

(4) Die Hundeführerin/der Hundeführer muss körperlich und geistig in der Lage sein, einen Hund sicher zu führen und zu halten.

(5) Bissige Hunde nach dem NHundG müssen auf öffentlichen Verkehrsflächen und in öffentlichen Anlagen einen Maulkorb tragen, der das Beißen sicher verhindert.

(6) Die Pflicht aus Absatz 1 Satz 1 gilt nicht für Jagdhunde während der befugten Jagdausübung und für dienstlich geführte Hunde öffentlicher Stellen.

(7) Tierhalterinnen oder Tierhalter bzw. diejenigen, die Tiere in Obhut haben, haben bei der Unterbringung der Tiere dafür Sorge zu tragen, dass eine Belästigung Dritter durch von den Tieren ausgehenden Lärm nicht über das nach den Umständen vermeidbare Ausmaß hinausgeht. Dies gilt insbesondere zwischen 22:00 Uhr und 06:00 Uhr (Nachtruhe).

(8) Tiere sind so zu halten, dass Personen, Tiere und Sachen

nicht an Leben, Körper, Gesundheit, Eigentum oder in sonst einem Recht gefährdet werden.

## **5. Abschnitt**

### **Offene Feuer im Freien**

#### **§ 12**

#### **Abbrennen von Brauchtumsfeuer**

(1) Brauchtumsfeuer sind Feuer, die nicht darauf ausgerichtet sind, pflanzliche oder forstwirtschaftliche Abfälle durch schlichtes Verbrennen zu beseitigen. Sie dienen ausschließlich der Brauchtumpflege und sind dadurch gekennzeichnet, dass Feuer im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung für jedermann zugänglich sind. Hierzu gehören z.B. Osterfeuer.

(2) Osterfeuer dürfen ausschließlich am Ostersonntag abgebrannt werden.

(3) Brauchtumsfeuer sind anzeigepflichtig und spätestens drei Wochen vor dem beabsichtigten Abbrenntermin bei der Gemeinde Ostercappeln schriftlich anzuzeigen. Die Anzeige hat Angaben zum Veranstalter, zur beabsichtigten Größe und Lage des Brennplatzes zu enthalten.

(4) Es darf ausschließlich unbehandeltes Holz, Baum- und Strauchschnitt verbrannt werden. Die Verbrennung von behandeltem Holz, Sperrmüll, Reifen und sonstigen Abfällen sowie der Einsatz von Zusatzstoffen (Brandbeschleuniger wie Öle, Kraftstoffe, usw.) ist unzulässig. Das Brennmaterial darf frühestens einen Tag vor dem Brenntag auf der für das Feuer vorgesehenen Fläche aufgeschichtet werden. Unerlaubt angelieferte Abfälle sind auszusortieren. Vor Entzündung des Feuers ist sicherzustellen, dass sich keine Menschen oder Tiere im errichteten Brennmaterial befinden. Die Bodendecke auf Wiesen, Feldrainen, an Hecken, Hängen und an Böschungen darf aus Gründen der Bodenerosion nicht abgebrannt werden.

(5) Das Feuer ist ständig unter Kontrolle zu halten. Gefahrbringender Funkenflug und erhebliche Rauchentwicklung sind zu verhindern. Zur Feuerbekämpfung muss geeignetes Gerät zur Verfügung stehen, so dass das Feuer bei Gefahr unverzüglich gelöscht werden kann.

(6) Während des Abbrennens muss das Feuer ständig von mindestens einer volljährigen Person beaufsichtigt werden. Diese Person darf den Brennplatz erst verlassen, wenn das Feuer und die Glut erloschen sind.

(7) Beim Verbrennen sind Mindestabstände von

- 10 Meter unterhalb von Hochspannungsleitungen,
- 50 Metern zu Gebäuden, die aus nicht brennbaren Baustoffen errichtet wurden und ein hartes Dach besitzen, (zu Gemeindestraßen)
- 100 Metern zu Gebäuden mit Aufenthaltsräumen oder die aus brennbaren Baustoffen errichtet wurden und/oder ein weiches Dach besitzen, zu öffentlichen Verkehrsflächen, Wäldern, Heiden, Hecken, Wallhecken, Energieversorgungsanlagen, Zelt- und Campingplätzen sowie Erholungseinrichtungen, (Bundes-, Landes- und Kreisstraßen, zu Einrichtungen mit erhöhter Explosions- und Brandgefahr)
- 300 Metern zu den besonders sensiblen Bereichen,

wie Krankenanstalten, Kindergärten, Schulen und Seniorenheimen

einzuhalten.

(8) Brauchfeuer sind unzulässig

1. auf Grundstücken im Zusammenhang bebauter Ortsteile,
2. in privat genutzten Kleingärten,
3. bei lang anhaltender trockener Witterung, starkem Wind, Inversionswetterlagen,
4. auf moorigem Untergrund,
5. in Schutzzonen I von Wasserschutzgebieten,
6. in gesetzlich geschützten Biotopen und Naturdenkmälern.

(9) Sofern durch das Osterfeuer selbst oder durch die Anzahl von Besuchern die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs gefährdet ist, ist beim Landkreis Osnabrück eine gesonderte Genehmigung für die Sperrung von Straßen einzuholen.

(10) Den Anweisungen der Polizei, der Feuerwehr sowie der zuständigen Mitarbeiter der Gemeinde Ostercappeln ist unverzüglich Folge zu leisten. Bei einsetzender Gefahrenlage ist die Feuerwehr sofort zu benachrichtigen.

(11) Verbrennungsrückstände und aussortierte Abfälle sind innerhalb einer Woche ordnungsgemäß zu entsorgen.

## 6. Abschnitt

### Sonstige Vorschriften zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

#### § 13

##### Wahrung der Nacht- und Mittagsruhe

(1) Über die Regelungen des § 117 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) und des Niedersächsischen Feiertagsgesetzes in Verbindung mit dem Bundes-Immissionsschutzgesetz hinaus sind an Werktagen in der Zeit von 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr und von 20:00 Uhr bis 08:00 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen Tätigkeiten verboten, die die Gesundheit Unbeteiligter stören. Hierzu zählen Arbeiten, die mit erheblicher Geräuschentwicklung verbunden sind, wie insbesondere

1. das Reinigen von Teppichen, Matratzen, Polstermöbeln oder Fahrzeugen durch Saugen und Ausklopfen,
2. das Einwerfen von Wertstoffen in dafür vorgesehene Behälter und
3. das Hämmern, Sägen, Bohren o.ä. handwerkliche Tätigkeiten.

(2) Motorbetriebene Rasenmäher (siehe auch BImSchV) und Gartengeräte, z. B. Häcksler, Motorsensen, Laubsauger etc., dürfen an Werktagen in der Zeit von 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen nicht betrieben werden.

(3) Ausgenommen von den Regelungen des § 13 Abs. 1 sind unaufschiebbare geräuschintensive Arbeiten, die zur Beseitigung einer Notfallsituation erforderlich sind. Die in Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 aufgeführten Einschränkungen gelten nicht für landwirtschaftliche oder gewerbliche Be-

triebe sowie für Arbeiten, die im öffentlichen Interesse durchgeführt werden müssen.

#### § 14

##### Reinigen und Reparieren von Fahrzeugen

- (1) Es ist untersagt, Fahrzeuge aller Art auf öffentlichen Verkehrsflächen, in öffentlichen Anlagen und in unmittelbarer Nähe von Gewässern zu reinigen oder zu reparieren.
- (2) Das Reinigen von Fahrzeugen auf Privatgrundstücken ist verboten, wenn das Waschwasser dem Schmutzwasserkanal nicht über einen Ölabscheider zugeführt wird. Es darf nicht im Erdreich versickern.
- (3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, soweit Scheiben, Beleuchtungseinrichtungen und Kennzeichenschilder gereinigt werden oder soweit Reparaturen durch plötzliche Betriebsschäden notwendig werden. Bei diesen Reinigungsarbeiten darf lediglich Wasser, aber kein Reinigungs- oder Lösungsmittel verwendet werden.

#### § 15

##### Ladung und Transport von Naturdünger

Naturdünger darf nur dann auf öffentlichen Verkehrsflächen verladen werden, wenn die Abfuhr vom Grundstück selbst nicht möglich ist. Geladener Naturdünger muss sofort abgefahren und zum Zielort bzw. auf die Felder gebracht werden. Die Ladung ist so abzusichern, dass von dem Dung nichts auf die Straße gelangen kann.

#### § 16

##### Hausnummern

- (1) Jeder Eigentümer eines Grundstücks ist verpflichtet, sein Grundstück mit der von der Gemeinde zugewiesenen Hausnummer zu versehen. Die Schilder sind innerhalb eines Monats anzubringen.
- (2) Die Hausnummern müssen sich deutlich vom Hintergrund abheben. Es sind beschriftete Schilder, erhabene Ziffern oder Hausnummerleuchten zu verwenden. Die Nummernschilder müssen mindestens 10 x 10 cm groß und die Ziffern 7 cm hoch sein.
- (3) Die Hausnummer ist an der Straßenseite des Hauptgebäudes über oder unmittelbar neben dem Hauseingang (Haupteingang) deutlich sichtbar in der Höhe von 2 – 2,50 m anzubringen.
- (4) Befindet sich der Hauseingang an der Seite oder an der Rückseite des Gebäudes, so muss die Hausnummer an der Vorderseite des Gebäudes, und zwar unmittelbar an der dem Hauseingang nächstliegenden Ecke des Gebäudes angebracht werden. Liegt das Hauptgebäude mehr als 10 m hinter der Grundstücksgrenze, so ist die Hausnummer zur Straße hin an geeigneter Stelle, z.B. Mauer, Zaun o.ä., anzubringen.
- (5) Die Hausnummer muss von der Straße aus erkennbar sein und darf nicht durch Gebäude, Gebäudeteile, Pflanzenbewuchs oder sonstige Gegenstände verdeckt werden. Schadhafte Hausnummern müssen ersetzt werden.
- (6) Bei Änderung von Hausnummern sind die Eigentümer der

betroffenen Grundstücke verpflichtet, die neuen Hausnummern innerhalb eines Monats entsprechend den Vorschriften der Absätze 2 bis 5 anzubringen.

- (7) Die Kosten für die Beschaffung, Anbringung und Unterhaltung der Hausnummern sind von den nach Absatz 1 Verpflichteten zu tragen. Dies gilt auch bei der Änderung von Hausnummern.

## **§ 17 Werbung**

- (1) Plakate, Anschlagzettel und sonstige Ankündigungs- und Werbemittel dürfen nur an den nach § 50 der Nds. Bauordnung (NBauO) zulässigen Außenwerbeanlagen und an den von der Gemeinde Ostercappeln genehmigten Stellen angebracht und aufgestellt werden.
- (2) Das nicht vorher genehmigte Anbringen und Aufstellen von Werbeanlagen, insbesondere Plakate und Anschlagzetteln, an Wartehallen von Bushaltestellen, Brücken, Bäumen, Leitungs- und Straßenbeleuchtungsmasten, öffentlichen Gebäuden oder sonstigem öffentlichen Eigentum ist verboten.
- (3) Die Verbote nach Absatz 1 und 2 gelten nicht
1. für Anschläge in Schaufenstern und Schaukästen,
  2. für das Anbringen von Plakaten etc. aus Anlass von Wahlen. Plakate etc. aus Anlass von Wahlen können innerhalb von zwei Monaten vor dem Wahltag angebracht werden und sind nach der Wahl unverzüglich zu entfernen. Vor der Anbringung der Werbemittel ist die Gemeinde Ostercappeln rechtzeitig über die geplanten Standorte zu unterrichten, damit die für die Sicherheit des Verkehrs oder im Rahmen sonstiger Vorschriften ggf. erforderlichen Zustimmungen/Auflagen nach den örtlichen Gegebenheiten festgelegt werden können.

## **§ 18 Nutzung von Privatgrundstücken für den Gemeingebrauch**

- (1) Jeder Grundstückseigentümer oder -besitzer muss dulden, dass Zeichen, Aufschriften oder Einrichtungen, die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlich sind, auf seinem Grundstück an gut sichtbarer Stelle angebracht, ausgebessert oder verändert werden. Dazu zählen insbesondere Hinweise auf Feuermelder und Feuerlöscheinrichtungen.
- (2) Eigentümer und Besitzer der Grundstücke sind dafür verantwortlich, dass die Einrichtungen sichtbar bleiben.

## **7. Abschnitt Schlussbestimmungen**

## **§ 19 Ausnahmen**

Die Gemeinde Ostercappeln kann von den Vorschriften dieser Verordnung in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen. Die

Ausnahmegenehmigung ist schriftlich zu erteilen; sie ist jederzeit den berechtigten Personen auf Verlangen der Kontrolle auszuhändigen.

## **§ 20 Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig nach § 59 Abs. 1 NPOG vom 19.01.2005 (Nds. GVBl. S. 9), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.09.2019 (Nds. GVBl. S. 258) handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Ge- oder Verboten der §§ 3 – 19 dieser Verordnung zuwiderhandelt.
- (2) Ordnungswidrigkeiten können gem. § 59 Abs. 2 NPOG mit einer Geldbuße bis zu 5.000 EUR geahndet werden.

## **§ 21 Geltungsdauer**

Diese Verordnung tritt spätestens 10 Jahre nach ihrem Inkrafttreten außer Kraft, soweit sie nicht vorher durch eine andere Gefahrenabwehrverordnung ersetzt wird.

## **§ 22 Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

**Ostercappeln**, den 11. Dezember 2019

**Gemeinde Ostercappeln**  
i. V. Michael Borgmeier

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 2, 31. Januar 2020

**46**

## **Satzung der Gemeinde Ostercappeln über die Gewährung von Aufwandsentschädigung, Auslagenersatz und Verdienstausschlag für ehrenamtlich tätige Personen in der Freiwilligen Feuerwehr**

Aufgrund der §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 27. März 2019 (Nds. GVBl. S. 70) und des § 33 des Niedersächsischen Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehr (NBrandSchG) vom 18. Juli 2012 (Nds. GVBl. S. 269), zuletzt geändert durch Artikel 3 § 6 des Gesetzes vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. S. 88) hat der Rat der Gemeinde Ostercappeln in seiner Sitzung am 11.12.2019 folgende Satzung beschlossen:

## **§ 1 Gemeindebrandmeister**



- (1) Der Gemeindebrandmeister erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 160,00 Euro.
- (2) Der stellvertretende Gemeindebrandmeister erhält monatlich die Hälfte der Aufwandsentschädigung des Gemeindebrandmeisters (= 80,00 Euro).

## § 2 Ortsbrandmeister

- (1) Der Ortsbrandmeister einer Ortswehr als Feuerwehrrstützpunkt erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 100,00 Euro.
- (2) Der stellvertretende Ortsbrandmeister erhält monatlich die Hälfte der Aufwandsentschädigung der Ortsbrandmeister (= 50,00 Euro).

## § 3 Personalunion

Wird von den unter den §§ 1 und 2 Genannten ein weiteres Ehrenamt in der Freiwilligen Feuerwehr in Personalunion wahrgenommen, beträgt die Aufwandsentschädigung für das weitere Amt 50 % der in dieser Satzung festgelegten Sätze.

## § 4 Gerätewart

Der Gerätewart einer Ortsfeuerwehr als Feuerwehrrstützpunkt erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 40,00 Euro.

## § 5 Gemeindejugendfeuerwehrwart

- (1) Der Gemeindejugendfeuerwehrwart erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 50,00 Euro.
- (2) Der stellvertretende Gemeindejugendfeuerwehrwart erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 25,00 Euro.

## § 6 Atemschutzgerätewart

Die Atemschutzgerätewarte der Atemschutzpflgestelle erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 50,00 Euro.

## § 7 Funkwart

Der Funkwart für die Gemeindefeuerwehr erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung von 30,00 Euro.

## § 8 Entschädigungsansprüche

- (1) Für die Ansprüche der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr auf Ersatz des Verdienstausfalles bzw. Weiterzah-

lung des Arbeitsentgeltes bei Einsätzen oder Ausbildungsmaßnahmen, Ersatz der Aufwendungen für die Betreuung von Kindern sowie für die Regulierung weiterer Entschädigungsansprüche gelten §§ 32 und 33 NBrandSchG in der Fassung vom 20.05.2019.

- (2) Der Höchstbetrag des gemäß § 33 Abs. 2 und 4 NBrandSchG zu erstattenden Verdienstausfalls an selbstständig Tätige wird auf 30,00 Euro je Stunde, begrenzt auf 8 Stunden pro Tag festgesetzt.
- (3) Der Höchstbetrag, der gemäß § 33 Abs. 2 NBrandSchG zu erstattenden Aufwendungen für die Betreuung von mindestens einem Kind unter zehn Jahren wird auf 5 Euro je Stunde, begrenzt auf 8 Stunden pro Tag und höchstens 102 Euro pro Monat, festgesetzt.
- (4) Bei einer Teilnahme an Lehrgängen in den Nds. Akademien für Brand- und Katastrophenschutz erhalten die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr eine tägliche Aufwandsentschädigung von 60,00 Euro.
- (5) Bei einer Teilnahme an Lehrgängen in den Feuerwehr technischen Zentralen des Landkreises Osnabrück erhalten die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr für

(a) den Maschinisten-Lehrgang:	70,00 Euro,
(b) den Atemschutzgeräteträger-Lehrgang:	50,00 Euro,
(c) Sprechfunker-Lehrgang:	30,00 Euro,
(d) Lehrgang technische Hilfe:	40,00 Euro,
(e) Lehrgang gefährliche Stoffe ABC-Einsatz (AB-Teil):	65,00 Euro,
(f) Lehrgang gefährliche Stoffe ABC-Einsatz (C-Teil):	65,00 Euro,
(g) Fortbildungslehrgang Atemschutzgeräteträger:	20,00 Euro,
(h) Fortbildungslehrgang Dienstabendvorbereitung/-gestaltung:	30,00 Euro,
(i) Fortbildung Endanwenderschulung Digitalfunk:	15,00 Euro,
(j) Fortbildungslehrgang Kartenkunde:	15,00 Euro,
(k) Fortbildungslehrgang technische Hilfe:	40,00 Euro,
(l) Fortbildungslehrgang Personal im ELW:	15,00 Euro.

## § 9 Abgeltung von Auslagen

Neben den nach den §§ 1 bis 8 gewährten Entschädigungen besteht grundsätzlich kein weiterer Anspruch auf Ersatz der mit der ehrenamtlichen Tätigkeit verbundenen Auslagen (einschließlich Fahrt- und Reisekosten, des Bekleidungsgeldes, der Telefongebühren, des Schreibmaterials und ähnlicher Auslagen).

## § 10 Aufwandsentschädigung bei Verhinderung

- (1) Ist der Gemeindebrandmeister ununterbrochen länger als drei Monate verhindert, seine Dienstgeschäfte wahrzunehmen, ruht der Anspruch auf Aufwandsentschädigung.
- (2) Nimmt der Vertreter des Gemeindebrandmeisters die Funktion ununterbrochen länger als drei Monate wahr (Erholungsurlaub bleibt außer Betracht), so erhält er für die darüberhinausgehende Zeit drei Viertel der festgesetzten Aufwandsentschädigung des Gemeindebrandmeisters. Ei-

ne nach dieser Satzung an den Vertreter zu zahlende Aufwandsentschädigung ist anzurechnen.

- (3) Diese Regelung gilt entsprechend bei Verhinderungen sonstiger ehrenamtlich tätiger Funktionsträger.

## **§ 11 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 14. Februar.2020 in Kraft. Mit dem gleichen Tage tritt die Satzung vom 13. Dezember 1999 außer Kraft.

**Ostercappeln**, den 11. Dezember.2019

**Gemeinde Ostercappeln**  
i. V. Michael Borgmeier

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 2, 31. Januar 2020

**47**

## **Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Gemeinde Ostercappeln (Straßenreinigungssatzung)**

Der Rat der Gemeinde Ostercappeln hat am 11.12.2019 folgende Satzung beschlossen:

### **§ 1 Allgemeines**

- (1) Das Straßenreinigungsgebiet umfasst alle öffentlichen Straßen innerhalb der geschlossenen Ortslage einschließlich der Ortsdurchfahrten von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen in der Gemeinde Ostercappeln (§§ 2, 3 NStrG).
- (2) Gem. § 52 Abs. 1 und 2 Nds. Straßengesetz (NStrG) ist die Gemeinde Ostercappeln reinigungspflichtig.
- (3) Die Straßenreinigung umfasst insbesondere die Beseitigung von Schmutz, Unkraut, Laub und Unrat u.ä. sowie die Beseitigung von Schnee und Eis, ferner bei Glätte das Bestreuen der Gehwege, Fußgängerüberwege und der gefährlichen Fahrbahnstellen mit nicht unbedeutendem Verkehr (nach § 52 NStrG).
- (4) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist derjenige bebaute oder unbebaute Teil der Erdoberfläche, der im Grundbuch unter einer Nummer im Bestandsverzeichnis eingetragen ist.

### **§ 2 Übertragung der Durchführung der Straßenreinigung**

Art, Maß und räumliche Ausdehnung der ordnungsgemäßen Straßenreinigung sind für alle Straßenreinigungspflichtigen in der Gefahrenabwehrverordnung der Gemeinde Ostercappeln geregelt.

### **§ 3 Übertragung der Durchführung der Straßenreinigung**

- (1) Innerhalb der geschlossenen Ortslage (§ 4 Abs. 1 NStrG) wird den Eigentümern der an öffentlichen Straßen angrenzenden bebauten und unbebauten Grundstücke die Reinigung der öffentlichen Straßen nach § 1 auferlegt, soweit sich aus dieser Satzung nichts anderes ergibt.
- (2) Zu den Straßen im Sinne des Absatzes 1 gehören die öffentlichen Straßen, Wege und Plätze einschließlich der Fahrbahnen, Gehwege, Gossen, Radwege, Parkspuren, Grün-, Trenn-, Seiten- und Sicherheitsstreifen ohne Rücksicht darauf, ob und wie die einzelnen Straßenteile befestigt sind.
- (3) Die Reinigungspflicht obliegt auch Eigentümern solcher Grundstücke, die durch einen Straßengraben, einen Grünstreifen, eine Stützmauer, eine Böschung, einen Trenn-, Seiten-, Park- oder Sicherheitsstreifen oder in ähnlicher Weise von der Straße getrennt sind. Dies gilt jedoch nicht, wenn das Grundstück von der Straße durch einen Geländestreifen getrennt ist, der weder dem öffentlichen Verkehr gewidmet noch Bestandteil der Straße ist.
- (4) Den Eigentümern werden die Nießbraucher, Erbbauberechtigten, Wohnungsberechtigten (§ 1093 Bürgerliches Gesetzbuch – BGB) und Dauerwohnungs- bzw. Dauernutzungsberechtigten (§ 31 ff Wohnungseigentumsgesetz – WEG) gleichgestellt. Diese sind anstelle der Eigentümer reinigungspflichtig. Mehrere Reinigungspflichtige sind gesamtschuldnerisch verantwortlich.
- (5) Die Reinigungspflicht wird auf die Grundstückseigentümer oder die ihnen gleichgestellten Personen nicht übertragen, soweit ihnen die Reinigung wegen der Verkehrsverhältnisse nicht zuzumuten ist.
- (6) Die Pflicht, bei Schneefall die Fahrbahnen und Parkspuren von Schnee zu befreien, wird auf die Grundstückseigentümer nicht übertragen. Ihnen verbleibt jedoch die Pflicht, die Gossen, Gehwege und Radwege schnee- und eisfrei zu halten.
- (7) Die Absätze 1 bis 4 gelten auch, wenn an einem Grundstück der Gemeinde ein Nutzungsrecht im Sinne des Absatzes 4 bestellt ist. Soweit die Gemeinde reinigungspflichtig ist, obliegt ihr die Reinigung als öffentliche Aufgabe.

### **§ 4 Nicht durch Anlieger zu reinigende Straßenteile**

Die von den Eigentümern oder den ihnen gleichgestellten Personen nicht zu reinigenden Straßenteile sind in einem Anhang zu dieser Satzung aufgeführt.

### **§ 5 Eigentumsübertragung**

Soweit die Gemeinde die Straßenreinigung durchführt, geht der Kehricht mit Einfüllung in die Behälter in ihr Eigentum über. Wertgegenstände im Kehricht werden wie Fundsachen behandelt.

### **§ 6 Übertragung der Reinigungspflichten auf Dritte**

- (1) Der Eigentümer des anliegenden Grundstücks kann die Erfüllung der ihm übertragenen Reinigungspflicht durch

Vertrag auf Dritte übertragen. Mit Zustimmung der Gemeinde Ostercappeln kann für den nach § 3 zur Straßenreinigung Verpflichteten ein anderer die Ausführung der Reinigung durch schriftliche Erklärung gegenüber der Gemeinde Ostercappeln übernehmen.) Die Zustimmung ist jederzeit widerruflich.

- (2) Hat ein Dritter die Ausführung der Reinigungspflicht mit Zustimmung der Gemeinde Ostercappeln übernommen, so ist nur dieser zur Reinigung öffentlich-rechtlich verpflichtet.

## **§ 6 Inkrafttreten**

- (1) Diese Satzung tritt am 14. Februar 2020 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Gemeinde Ostercappeln vom 09. Februar 1988 außer Kraft.

Ostercappeln, den 11. Dezember 2019

**Gemeinde Ostercappeln**  
i. V. Michael Borgmeier

### **Anhang zur Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Gemeinde Ostercappeln vom 11.12.2019**

## **zu § 2**

Von der Reinigung der Fahrbahn sind die Anlieger der folgenden Straße befreit:

OD der B 218 in Vorwalde,  
OD der Hunteburger Straße (L 79) in Vorwalde, an der zur Fahrbahn zugewandten Seite der freistehenden Mauer

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 2, 31. Januar 2020

48

## **Verordnung zum Schutz Erholungssuchender und wild lebender Tiere im Gebiet der Gemeinde Ostercappeln (Leinenzwangsverordnung)**

Aufgrund des § 33 Abs. 2 des Niedersächsischen Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002 (Nds. GVBl. S. 112), zuletzt geändert durch Artikel 3 § 14 des Gesetzes vom 20. Mai 2019 (Nds. GVBl. S. 88), hat der Rat der Gemeinde Ostercappeln in seiner Sitzung am 11.12.2019 folgende Verordnung beschlossen:

## **§ 1 Geltungsbereich**

Diese Verordnung gilt außerhalb der allgemeinen Brut-, Setz-

und Aufzuchtzeit nach dem Niedersächsischen Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) in der freien Landschaft (§ 2 NWaldLG) im Gebiet der Gemeinde Ostercappeln.

## **§ 2 Leinenzwang für Hunde**

Innerhalb des in § 1 genannten Gebietes sind Hunde zum Schutz Erholungssuchender und der Einstände des Wildes bzw. der sonstigen freilebenden Tiere vor Beunruhigungen an einer biss- und reißfesten Leine zu führen. Ausgenommen sind nur Hunde, die zur rechtmäßigen Jagdausübung, als Rettungshunde, von der Polizei, dem Zoll oder im Rahmen einer entsprechenden Ausbildung verwendet werden.

## **§ 3 Ausnahmen**

Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Verordnung können in begründeten Fällen durch die Gemeinde Ostercappeln zugelassen werden. Sie bedürfen der schriftlichen Genehmigung und können unter Auflagen und Bedingungen erteilt werden.

## **§ 4 Ordnungswidrigkeiten**

Nach § 42 Abs. 3 Nr. 7 NWaldLG handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig dem Gebot des § 2 dieser Verordnung zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann gem. § 42 Abs. 4 NWaldLG mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 EUR geahndet werden.

## **§ 5 Inkrafttreten**

- (1) Diese Verordnung tritt am 14. Februar 2020 in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 13. Februar 2030 außer Kraft.

Ostercappeln, den 11. Dezember 2019

**Gemeinde Ostercappeln**  
i. V. Michael Borgmeier

Karten auf den nachfolgenden Seiten:

Leinenzwangsverordnung der Gemeinde Ostercappeln - Schutzbereich Ostercappeln  
Leinenzwangsverordnung der Gemeinde Ostercappeln - Schutzbereich Haaren  
Leinenzwangsverordnung der Gemeinde Ostercappeln - Schutzbereich Hitzhausen  
Leinenzwangsverordnung der Gemeinde Ostercappeln - Schutzbereich Schwagstorf  
Leinenzwangsverordnung der Gemeinde Ostercappeln - Schutzbereich Venne

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 2, 31. Januar 2020

Leinenzwangsverordnung der Gemeinde Ostercappeln  
- Schutzbereich Ostercappeln -







Leinenzwangsverordnung der Gemeinde Ostercappeln  
- Schutzbereich Hitzhausen -



Leinenzwangverordnung der Gemeinde Ostercappeln  
- Schutzbereich Schwagstorf -



Herausgegeben vom Landkreis Osnabrück, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück.

Zur Veröffentlichung bestimmte Bekanntmachungen sind zu richten an den Landkreis Osnabrück - Fachdienst 1 - Service - Postfach 25 09, 49015 Osnabrück - Druck und Verlag: B. Ad. Ricke, Postfach 13 06, 49589 Bersenbrück. Das Amtsblatt erscheint 14tägig, in der Regel Mitte und Ende eines jeden Monats. Laufender Bezug und Einzelstück durch den Verlag. Bezugspreis: bis 12 Seiten € 1,60, je weitere 2 Seiten € 0,15 brutto mehr; zuzüglich € 2,05 Versandkosten.